

Die systemische Krise Großbritanniens

Es lohnt sich, George Galloway zuzuhören, wenn er den Verlauf der Selbstzerstörung des britischen Systems nachzeichnet.



27. Juli 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Ein Politiker im Exil

Am [27. September 2025](#) hielten Anti-Terror-Beamte am Flughafen Gatwick einen Mann in den Siebzigern und eine Frau in den Vierzigern an. Die Metropolitan Police bestätigte, dass die Kontrolle gemäß Anhang 3 des Gesetzes über Terrorismusbekämpfung und Grenzsicherheit von 2019 durchgeführt worden war, dass keiner der beiden festgenommen worden war und dass beide nach Abschluss der Kontrollen ihre Reise fortsetzen durften.

Bei dem Mann handelte es sich um George Galloway, der sieben Legislaturperioden lang Mitglied des Unterhauses war; die Frau war seine Ehefrau Putri Gayatri Pertiwi, Vizepräsidentin der Workers Party of Britain. Sie waren aus Moskau mit einem Zwischenstopp in Abu Dhabi angereist. Nach Galloways eigenen Angaben dauerte die Kontrolle neun Stunden, während derer sein Handy und sein Laptop beschlagnahmt wurden und ihm Fragen zu seinen Ansichten über Russland und China gestellt wurden.

Galloway ist seitdem nicht mehr ins Vereinigte Königreich zurückgekehrt. Heute moderiert er seine wöchentliche Sendung¹ aus Malaysia, Russland und China – eine Wander-Show aus dem, was er ohne erkennbare Ironie als sein Exil bezeichnet. Im Juni 2026 [verkündete er](#) aus dem Ausland, er sei

1 George Galloway Moats (Mother of all talkshows) auf Youtube:
<https://www.youtube.com/@GeorgeGallowayOfficial>

bereit, als Premierminister zurückzukehren, und schlug einen Fünfjahres-Wirtschaftsplan vor, der auf der Wiederbelebung des verarbeitenden Gewerbes und der beruflichen Bildung sowie der Unterstützung von Landwirten und Fischern basiert und Netto-Null-Emissionsziele sowie Identitätspolitik ausdrücklich ablehnt. Allerdings verfügt die Arbeiterpartei nur über acht Stadträte von insgesamt mehr als 18.000. Die Kluft zwischen diesem Anspruch und der tatsächlichen Fähigkeit, ihn zu verwirklichen, ist kein bloßes Detail: Sie ist der zentrale analytische Kern des gesamten Phänomens.

Gerade diese Diskrepanz macht den Fall so bemerkenswert. Galloway kandidiert nicht für das Amt des Premierministers; er stellt keine Bedrohung für die britische Politiklandschaft dar. Er ist etwas anderes: ein äußerst sensibles Barometer, das die inneren Spannungen innerhalb des britischen politischen Systems aufzeichnet – Spannungen, die die Institutionen des Systems offenbar immer weniger anerkennen wollen. Seine Analysen decken oft echte Risse in einem System auf, dessen Widersprüche und kritische Probleme immer deutlicher zutage treten.

Das Legitimitätsdefizit

Beginnen wir mit einer Tatsache, die keiner tiefgreifenden Interpretation bedarf. Am 20. Juli 2026 wurde Andy Burnham zum siebten Premierminister des Vereinigten Königreichs innerhalb eines Jahrzehnts, nachdem er sich die Unterstützung von 379 der 403 Labour-Abgeordneten gesichert hatte, ohne auf Widerstand zu stoßen. Er war erst fünf Wochen zuvor dank einer Nachwahl im Wahlkreis Makerfield ins Unterhaus zurückgekehrt. Er trat die Nachfolge von Keir Starmer an, der im Juli 2024 eine Mehrheit von 172 Sitzen mit dem niedrigsten Stimmenanteil errungen hatte, den eine Mehrheitsregierung seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1830 je erzielt hatte, und dessen Zustimmungsrate bereits im November 2025 auf etwa minus 46 Prozent abgestürzt war. Die nächsten Parlamentswahlen sind erst in drei Jahren angesetzt.

Jeder Schritt in dieser Abfolge steht voll und ganz im Einklang mit der Verfassung. Eine Regierungspartei kann ihren Vorsitzenden – und damit den Premierminister – ohne Rücksprache mit der Wählerschaft ablösen; dies ist im Westminster-System gängige Praxis und kein Skandal. Verfassungsmäßigkeit und politische Legitimität sind jedoch zwei unterschiedliche Konzepte, und seit nunmehr einem Jahrzehnt untergräbt das britische System zunehmend Letzteres, während es Ersteres gewissenhaft einhält. Drei der letzten sieben Premierminister sind durch parteiinterne Mechanismen und nicht durch Parlamentswahlen an die Macht gekommen. Die Regierungsbildung hat sich zunehmend vom Wahlakt gelöst – ein Phänomen, das sich auch in anderen Ländern wiederholt.

Galloways Reaktion auf diese Situation war theatralisch: Er schlug sich selbst aus einem Fernsehstudio in Südostasien als Premierminister vor. Doch diese Theatralik dient als Kommentar zur zugrunde liegenden Situation. Wenn Burnham dank eines sicheren Wahlkreises und einer unangefochtenen Krönung innerhalb von fünf Wochen vom Bürgermeisteramt in die Downing Street wechseln kann, dann wurde die Idee eines nicht gewählten Premierministerkandidaten bereits von der Regierungspartei selbst normalisiert. Galloway erfindet kein neues Verfahren; er parodiert es mit einer wahrhaft faszinierenden rhetorischen Brillanz.

Max Webers Unterscheidung zwischen Legalität und Legitimität bietet den am besten geeigneten Interpretationsrahmen, denn ein System kann vollkommene verfahrensrechtliche Legalität wahren, während die seiner Legitimität zugrunde liegende Erzählung allmählich an Substanz verliert. Was eine parlamentarische Demokratie am Leben erhält, ist nicht nur die Fairness ihrer Regeln, sondern

die weit verbreitete Überzeugung, dass Wahlen echte Konsequenzen haben. Wenn es im Laufe von zehn Jahren sechs Wechsel an der Spitze der Regierung gibt – meist ohne Neuwahlen – und wenn die Wirtschaftspolitik trotz all dieser Wechsel im Wesentlichen unverändert bleibt, wird diese Überzeugung eher durch die Erfahrung als durch theoretische Debatten untergraben.

Die wirtschaftlichen Hintergründe

Die Spannungen haben wirtschaftliche Ursachen, und die Fakten sprechen hier eine eindeutige Sprache. Die Nettoverschuldung des öffentlichen Sektors im Vereinigten Königreich lag Ende März 2026 bei 93,8 Prozent des BIP – ein Niveau, das seit den frühen 1960er Jahren nicht mehr erreicht wurde. Die Renditen 30-jähriger Staatsanleihen stiegen im Vergleich zum Vorjahr um etwa 100 Basispunkte und kletterten von 4,5 Prozent auf etwa 5,5 Prozent, wobei sie im September 2025 mit 5,7 Prozent ihren Höchststand erreichten – den höchsten Stand seit 1998. Die Renditen für 10-jährige Anleihen blieben über weite Teile des Monats Mai 2026 bei oder über 5 Prozent – dem höchsten Stand seit der Finanzkrise –, bevor der Konflikt im Nahen Osten sie auf ein Niveau trieb, das seit Juli 2008 nicht mehr erreicht worden war. Das [Institute for Fiscal Studies](#) stellte fest, dass das Vereinigte Königreich seit 2002/03 in jedem einzelnen Jahr ein Primärdefizit verzeichnet hat.

Diese Berechnung offenbart einen Teufelskreis, den Analysten für festverzinsliche Wertpapiere ausdrücklich beschrieben haben: Höhere Renditen erhöhen die Kosten für den Schuldendienst; dies verschlechtert die Haushaltslage; die sich verschlechternde Haushaltslage schränkt die haushaltspolitische Flexibilität ein; die eingeschränkte Flexibilität verstärkt die Unsicherheit der Anleger; und diese Unsicherheit treibt die Renditen wieder in die Höhe. Und schon hat man es: Der Mechanismus ist sich selbst verstärkend und weitgehend unabhängig davon, welche Partei gerade an der Macht ist.

Das Verteilungsbild ist jedoch noch düsterer, als die aggregierten Daten vermuten lassen. Nach [Angaben](#) von [Retail Economics](#) sank das frei verfügbare Einkommen – nach Abzug der notwendigen Ausgaben – bei Haushalten mit geringerem Einkommen zwischen der Wahl der Labour-Regierung im Juli 2024 und Anfang 2026 um 2,1 Prozent. Bei den ärmsten 40 Prozent der Haushalte liegen die Einkommen weiterhin unter dem Niveau von 2019. Ein Anstieg um 0,6 Prozent im ersten Quartal 2026 wurde als positives Ergebnis dargestellt – ein Maß dafür, wie stark die Erwartungen an eine Wirtschaft, die in dem Jahrzehnt vor der Pandemie jährlich um durchschnittlich 2 Prozent gewachsen war, nach unten korrigiert wurden.

Dies ist die materielle Grundlage, auf der die politische Instabilität beruht. Großbritannien erlebt nicht bloß eine Vertrauenskrise gegenüber einer bestimmten Regierung; es sieht sich mit den politischen Folgen von zwei Jahrzehnten konfrontiert, in denen der Medianhaushalt nicht mehr wohlhabender geworden ist, während die finanzpolitischen Möglichkeiten des Staates geschrumpft und seine Verpflichtungen gewachsen sind. Premierminister werden im Rhythmus von etwa einem alle siebzehn Monate abgewählt, weil keiner von ihnen in der Lage ist, diese Rechnung innerhalb eines Wahlzyklus zu ändern, und jeder bei dem Versuch, dies zu tun, politisch ruiniert wird. Der Zusammenbruch ist praktisch unvermeidlich.

Sicherheitsbefugnisse und die Grenzen des politischen Widerspruchs

Galloways stärkstes Argument betrifft das dritte Element: die Ausweitung der Anwendung von Befugnissen zur Terrorismusbekämpfung und Grenzsicherung auf politische Meinungsäußerungen und

politische Vereinigungen. Es sei darauf hingewiesen, dass das Thema Sicherheit derzeit das drängendste Anliegen in ganz Europa ist.

Die Rechtslage bedarf einer Klärung. [Anhang 3](#) des Gesetzes über Terrorismusbekämpfung und Grenzsicherheit von 2019, auf dessen Grundlage Galloway festgehalten wurde, erlaubt es einem Ermittlungsbeamten, eine Person an einem Hafen oder Flughafen festzuhalten, zu befragen und zu durchsuchen, um festzustellen, ob sie an feindlichen Aktivitäten beteiligt ist oder war. Die Schwelle ist bewusst niedrig angesetzt, und es ist kein begründeter Verdacht erforderlich.

Der Beamte kann die Offenlegung von Passwörtern verlangen und bei der Durchsuchung gefundene Gegenstände einbehalten, kopieren, verwenden und vernichten. Der Beauftragte für Ermittlungsbefugnisse kann die Einbehaltung von Material, einschließlich vertraulicher Kommunikation, genehmigen. Es handelt sich hierbei per Definition um eine Ausnahmefugnis, die außerhalb des normalen Rahmens des Strafverfahrens ausgeübt wird – eine im innerstaatlichen Recht verankerte Ausnahme im Grenzbereich.

Galloway ist [kein Einzelfall](#). Der ehemalige Diplomat Craig Murray sowie die Journalisten Kit Klarenberg und Richard Medhurst waren alle ähnlichen Durchsuchungen ausgesetzt. Das Bemerkenswerte an diesen Fällen ist, dass keine Anklage erhoben wurde, und genau das ist der entscheidende Punkt. Eine Befugnis, die zwar nicht zu Strafverfahren führt, aber routinemäßig neunstündige Verhöre, die Beschlagnahmung von Geräten und das Kopieren von Kommunikationsdaten zur Folge hat, fungiert als etwas anderes als ein gewöhnliches Instrument der Strafjustiz. Ob diese Wirkung beabsichtigt ist, ist eine andere Frage als die Tatsache, dass die Wirkung besteht.

Hinzu kommt, dass das Vereinigte Königreich ein Land mit einem hohen Zensurrisiko ist. Es gibt bestimmte Themen, die völlig tabu sind – echte Tabus. Man darf kein einziges positives Wort über die Islamische Revolutionsgarde des Iran sagen, ohne eine Verhaftung zu riskieren; es ist verboten, den libanesischen oder palästinensischen Widerstand zu loben; und der Besitz einer Flagge eines Landes, das als „Feind“ des Vereinigten Königreichs gilt, birgt ein enormes Risiko. Fälle von Repression durch die britische Polizei sind in den nationalen Nachrichten an der Tagesordnung.

In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren hat Großbritannien ein System aufgebaut, in dem die Kategorie inakzeptabler politischer Äußerungen durch Entscheidungen der Exekutive zum Verbot bestimmter Äußerungen definiert und durch Befugnisse durchgesetzt wird, die ohne Verdachtsmoment ausgeübt werden können. Die Tatsache, dass ein langjähriges Parlamentsmitglied wie Galloway zu dem Schluss kommt, dass er sicherer ist, wenn er von Kuala Lumpur aus sendet, spricht Bände über dieses System – unabhängig davon, welche persönliche Meinung man zu den angesprochenen Themen vertritt.

All dies hat ihn dazu gezwungen, [ins Ausland zu ziehen](#) und dort eine Art erzwungenes Exil zu führen. Seine Ziele – Russland und China – sind Staaten, in denen die Meinungsfreiheit durch gesetzliche Garantien geschützt ist, die eine Freiheit gewährleisten sollen, die im Westen zu einer Illusion geworden ist.

Kollaps

Ein weiterer Aspekt, der einer Analyse wert ist, ist der Zusammenbruch des Zweiparteiensystems, das die britische Politik ein Jahrhundert lang geprägt hat. Die Nachwahl im Februar 2026 in Gorton

und Denton – einem Wahlkreis, den die Labour-Partei 2024 noch souverän gehalten hatte – wurde von den Grünen gewonnen, während Labour hinter Reform UK nur den dritten Platz belegte. Bei den Kommunalwahlen im Mai 2026 erlitt Labour schwere Verluste gegenüber Reform. In landesweiten Umfragen liegt Labour seit längerer Zeit hinter Reform zurück.

Galloways Workers Party spielt bei dieser Neuordnung nur eine untergeordnete Rolle: 0,73 Prozent der landesweiten Stimmen im Jahr 2024, acht Stadträte, etwa 7.500 Mitglieder, doch ihre ideologische Zusammensetzung ist angesichts ihrer Größe überproportional interessant. Die Partei verbindet Wirtschaftssozialismus mit sozialem Konservatismus, Ablehnung von Netto-Null-Zielen, Ablehnung von Identitätspolitik und Unterstützung für eine Annäherung an die BRICS-Staaten. Vor der Gründung der Partei hatte Galloway eine Nominierung bei der Brexit-Partei angestrebt. Die Partei hat zudem wiederholt dem Aktivisten Billy Howarth, der gegen „Grooming-Banden“ kämpft und von Searchlight als rechtsextrem bezeichnet wird, eine Plattform geboten, was ihr immer wieder Kritik einbringt.

Hier handelt es sich nicht um eine Inkonsistenz, sondern um eine erkennbare politische Formation in Europa. Die Kombination aus wirtschaftlichem Protektionismus, kulturellem Traditionalismus, Feindseligkeit gegenüber supranationaler Regierungsführung und Offenheit gegenüber nicht-westlichen Mächten findet auf dem gesamten Kontinent Parallelen und tritt regelmäßig dort zutage, wo postindustrielle Gemeinschaften den Eindruck haben, dass keine der großen Parteien auf ihre materiellen Lebensumstände eingeht, während beide großen Parteien kulturelle Themen in einer Weise darstellen, die diese Gemeinschaften ablehnen.

Rochdale, Bradford West, Bethnal Green: Galloways Wählerbasis war schon immer genau in solchen Orten zu finden. Sein persönlicher Werdegang von der Labour-Partei über „Respect“ bis hin zur Workers Party veranschaulicht besonders deutlich den Zerfall der historischen sozialdemokratischen Koalition, da er sich im Zuge der fortschreitenden Zersplitterung dieser Koalition immer wieder neu orientierte.

Die Frage, ob dies eine Neuausrichtung oder eine Zersplitterung darstellt, bleibt offen. Ein System, in dem vier oder fünf Parteien erhebliche Unterstützung erhalten, die durch das Mehrheitswahlrecht gefiltert wird, führt zu Ergebnissen, die kaum etwas mit der tatsächlichen Verteilung der Präferenzen zu tun haben. Die von Labour errungene Mehrheit von 172 Sitzen mit dem niedrigsten Stimmenanteil seit 1830 ist ein Beweis dafür. Der Mechanismus, der einst stabile Einparteienregierungen hervorbrachte, führt nun zu großen parlamentarischen Mehrheiten, die auf knappen und instabilen Mehrheiten beruhen: Regierungen, die im Parlament gleichzeitig zu stark sind und landesweit nicht ausreichend Unterstützung finden. Dies ist die strukturelle Voraussetzung, die der Statistik von sieben Premierministern zugrunde liegt.

Bis Mitte 2026 weist Großbritannien mehrere Indikatoren auf, die typisch für einen strukturellen – und nicht für einen zyklischen – Niedergang sind. Regierungen wechseln ohne Wahlen. Die Entwicklung der Staatsverschuldung ist sich selbst verstärkend und ungünstig. Die Realeinkommen der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung bleiben unter dem Niveau von 2019. Gegen politische Persönlichkeiten werden außergewöhnliche Sicherheitsbefugnisse angewendet, ohne dass dies zu Strafverfahren führt. Das Parteiensystem, das über ein Jahrhundert lang die gesellschaftliche Unzufriedenheit in einen Regierungswechsel kanalisiert hatte, zerfällt in eine Konstellation, die das derzeitige Wahlrecht nicht mehr angemessen abbilden kann.

Jeder dieser Faktoren schränkt die Möglichkeiten zur Bewältigung der anderen ein: Die schwache Haushaltslage schränkt die Handlungsmöglichkeiten einer neuen Regierung ein; dies beschleunigt den Verlust an Legitimität; der Verlust an Legitimität erhöht die von den Märkten geforderte Risikoprämie für Staatsschulden; und der Anstieg der Kreditkosten schränkt den Handlungsspielraum weiter ein. Andy Burnham übernimmt diese Situation, nachdem er versprochen hat, dem Land wieder Hoffnung zu geben – drei Jahre vor der nächsten Wahl und angesichts eines Anleihemarktes, der bereits eine erhebliche politische Risikoprämie einpreist. Die eigentliche Einschränkung ist arithmetischer Natur, nicht rhetorischer, und ein bloßer Tonwechsel wird nicht ausreichen, um daran etwas zu ändern.

Keines dieser Phänomene stellt für sich genommen eine ernsthafte Krise dar, doch ihr gleichzeitiges Auftreten ist das eigentliche Problem und ein Symptom für den Niedergang des Systems – seine weitreichende Ausbreitung, die unweigerlich zum Zusammenbruch der gesamten, von der britischen Krone regierten Gesellschaft führen wird, sei es langsam oder schnell.

Deshalb lohnt es sich, Galloway zuzuhören, wenn er den Verlauf der Selbstzerstörung des britischen Systems nachzeichnet, den wir miterleben werden – in der Hoffnung, dass mutige Männer und Frauen bereit sind, die Zügel der britischen Zukunft in die Hand zu nehmen.